

Herriger, Norbert

## Präventive Jugendkontrolle - eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags

*Benner, Dietrich [Hrsg.]; Heid, Helmut [Hrsg.]; Thiersch, Hans [Hrsg.]: Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 22.-24. März 1982 in der Universität Regensburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1983, S. 231-236. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 18)*



### Quellenangabe/ Reference:

Herriger, Norbert: Präventive Jugendkontrolle - eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags - In: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Heid, Helmut [Hrsg.]; Thiersch, Hans [Hrsg.]: Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 22.-24. März 1982 in der Universität Regensburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1983, S. 231-236 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-228485 - DOI: 10.25656/01:22848

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-228485>

<https://doi.org/10.25656/01:22848>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

# Zeitschrift für Pädagogik

18. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

18. Beiheft

# Beiträge zum 8. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

vom 22. – 24. März 1982 in der Universität Regensburg

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von  
Dietrich Benner, Helmut Heid, Hans Thiersch

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1983

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft :**

Beiträge zum 8. Kongreß der Deutschen Gesellschaft  
für Erziehungswissenschaft : vom 22. – 24. März 1982  
in d. Univ. Regensburg / Im Auftr. d. Vorstandes  
hrsg. von Dietrich Benner ... – Weinheim ; Basel :  
Beltz, 1983.

(Zeitschrift für Pädagogik : Beih. ; 18)

(Beiträge zum ... Kongreß der Deutschen Gesellschaft  
für Erziehungswissenschaft ; 8)

ISBN 3-407-41118-9

NE: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Zeitschrift für Pädagogik / Beiheft;  
Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft : Beiträge vom  
... Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft; HST

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleibt vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1983 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Gesamtherstellung: Beltz, Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41118 9

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	5
 <b>I. Öffentliche Ansprachen</b>	
HERMANN GRANZOW . . . . .	15
HANS MAIER . . . . .	22
HANS THIERSCH . . . . .	26
 <b>II. Öffentliche Vorträge</b>	
HANS AEBLI Die Wiedergeburt des Bildungsziels Wissen und die Frage nach dem Verhältnis von Weltbild und Schema . . . . .	33
DIETRICH BENNER Das Normproblem in der Erziehung und die Wertediskussion . . . . .	45
WALTER HORNSTEIN Die Erziehung und das Verhältnis der Generationen heute . . . . .	59
PETER M. ROEDER Bildungsreform und Bildungsforschung . . . . .	81
 <b>III. Symposien: Vorträge/Berichte</b>	
HANS NICKLAS Erziehung zur Friedensfähigkeit in einer friedlosen Welt? . . . . .	99
<i>Schulpluralismus unter Staatsaufsicht statt Schuldirektismus in Staatshoheit</i> . . . . .	105
WOLFGANG KLAFKI Vorbemerkungen zum Bericht über das Symposium . . . . .	105
HANS-CHRISTOPH BERG Freie Schulen als Regelschulen . . . . .	108
ALOIS ALDER Erfahrungen an der Friedensschule in Münster . . . . .	113
DORIS KNAB Der Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages im Lichte einiger Erfahrungen aus der Schulreformerarbeit an der Friedensschule Münster . . . . .	118

BARBARA BOTH / ALBERT ILIEN und die GREMIEN DER GLOCKSEE-SCHULE, unter Mitarbeit von RENATE STUBENRAUCH / JÜRGEN FRIEDMANN / RUDOLF MESSNER	
Zur Pädagogik der Glocksee-Schule . . . . .	122
MARIA FRIEDERIKE RIEGER	
Stiftung Landerziehungsheim Neubauern – Ziele und Schwierigkeiten einer „freien“ Schule und der Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages . . . .	130
JOHANN PETER VOGEL	
Zur gegenwärtigen Situation von Schulen besonderer pädagogischer Prägung und den entsprechenden Vorschlägen im Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages . . . . .	133
HANS-CHRISTOPH BERG / WOLFGANG KLAFKI / DORIS KNAB	
Leitfragen und Thesen zur Fortführung der Diskussion über die Zielsetzung und die pädagogische Gestaltungsfreiheit von privaten und staatlichen Schulen besonderer pädagogischer Prägung und über die schulrechtliche Absicherung solcher Schulen . . . . .	136
<i>Sekundarstufen II – Didaktik und Identitätsbildung im Jugendalter . . . . .</i>	139
HERWIG BLANKERTZ	
Einführung in die Thematik des Symposions . . . . .	139
ANDREAS GRUSCHKA	
Fachliche Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung im Medium der Erzie- herausbildung – über den Bildungsgang der Schüler der Kollegschule und zur Möglichkeit der Schule, diesen zum Thema zu machen . . . . .	143
HAGEN KORDES	
Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung im Medium fremdsprachlicher Bildung . . . . .	153
WOLFGANG FISCHER	
„Jugend“ als pädagogische Kategorie – historische Rückfragen an Untersuchen- gen zur Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung . . . . .	168
JÜRGEN ZIECHMANN	
Stellenwert empirischer Verfahren in der Curriculumforschung. Eine Diskussion anhand von Projekten . . . . .	179
HEINZ-OTTO GRALKI / ULRIKE STRATE / CARL-HELLMUT WAGEMANN	
Die Sozialisation von Studenten in Hochschulen. Bericht über ein Symposium . . .	185
<i>Wissenschaftliche Weiterbildung als Problem der Zusammenarbeit zwischen Hoch- schulen und außeruniversitären Trägern . . . . .</i>	203
JOACHIM DIKAU	
Zusammenfassung des Symposiums . . . . .	203
GÜNTHER DOHMEN	
Rückwirkungen wissenschaftlicher Weiterbildung auf Hochschule und Hoch- schulpolitik . . . . .	208

HANS-DIETRICH RAAPKE	
Beteiligung der Hochschule an der allgemeinen Erwachsenenbildung als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis . . . . .	214
<i>Prävention – Zauberwort für gesellschaftliche Veränderung oder neue Form der Sozialkontrolle?</i> . . . . .	219
HANS-UWE OTTO	
Einleitung zur Fragestellung des Symposions . . . . .	219
PETER GROSS	
Über die Präventivwirkung des Nichtwissens – Popitz revisited . . . . .	221
HEINRICH KUPFFER	
Die Fragwürdigkeit der Prävention in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik . . . . .	228
NORBERT HERRIGER	
Präventive Jugendkontrolle – eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags . . . . .	231
<i>Arbeit und Freizeit im Wandel – Antworten der Pädagogik</i> . . . . .	237
HORST W. OPASCHOWSKI	
Neue Erziehungsziele als Folge des Wertewandels von Arbeit und Freizeit . . . . .	237
WOLFGANG NAHRSTEDT	
Die Zukunft von Bildung, Arbeit und Freizeit: Berufsarbeit wird knapp – Chance für gesellschaftliche Arbeit? . . . . .	250
<i>„Ausländerpädagogik“ als pädagogische Spezialdisziplin?</i> . . . . .	259
JÖRG RUHLOFF	
Einleitende Problemskizze . . . . .	259
HELMUT LUKESCH	
Empirische Befunde zur Stellung des Ausländerkindes im deutschen Schulsystem und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Erziehungswissenschaft . . . . .	262
FRANZ HAMBURGER	
Erziehung in der Einwanderungsgesellschaft . . . . .	273
HANS MERKENS	
Erfordernis und Grenzen ausländerthematischer Spezialisierung in der Schulpädagogik . . . . .	283
JÖRG RUHLOFF	
Thesen zur Schlußdiskussion . . . . .	292
JÖRG RUHLOFF	
Zur Diskussion . . . . .	295
<i>Autobiographische und literarische Zeugnisse als Quellen und Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Erkenntnis und Handlungsorientierung II</i> . . . . .	297
DIETER BAACKE	
Normalbiographie, Empathie und pädagogische Phantasie . . . . .	298

ROTRAUT HOEPEL	
Perspektiven der erziehungswissenschaftlichen Erschließung autobiographischer Materialien. Autobiographien als kommunikativ-pragmatische Formen der Selbstreflexion . . . . .	307
THEODOR SCHULZE	
Auf der Suche nach einer neuen Identität . . . . .	313
<i>Aufgaben und Verfahren interpretativer Theoriebildung</i> . . . . .	321
PETER ZEDLER	
Entwicklungslinien und Kontexte interpretativer Theoriebildung . . . . .	321
EWALD TERHART	
Übersicht über die Beiträge . . . . .	333
HEINZ MOSER	
Versuch eines Resumés aus den Regensburger Diskussionen . . . . .	343
<i>Leben und Lernen jenseits patriarchaler Leitbilder</i> . . . . .	351
HEDWIG ORTMANN	
Einleitung in die Problemstellung des Symposions . . . . .	351
SIGRID METZ-GÖCKEL	
Macht- und Selbstlosigkeit der Frauen. Assoziative Überlegungen zum Mutter-Tochter-Bündnis in den letzten drei Generationen oder das Matriarchat lebt weiter . . . . .	353
BIRGIT CRAMON-DAIBER	
Bericht über die Ergebnisse der Begleitforschung zum Fünfjahresprogramm der Bundesregierung „Modellplan zur Freisetzung humaner Ressourcen und zur kreativen Entwicklung neuer Subsistenzformen“ (M.H.R.K.S.) . . . . .	364
CHRISTINE HOLZKAMP / GISELA STEPPKE	
Leben und Wissenschaft – einige Überlegungen zu den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Trennung von Erziehungsarbeit und Erziehungswissenschaft . . . . .	372
<i>Forschungsfreiheit, Forschungsethik und Datenschutz</i> . . . . .	381
WOLF-DIETER EBERWEIN	
Freiheit der sozialwissenschaftlichen Forschung und Datenschutz: Probleme und Lösungsansätze . . . . .	381
HERMANN AVENARIUS	
Die Genehmigungsrichtlinien der Kultusminister unter juristischem Aspekt . . .	384
KARLHEINZ INGENKAMP	
Beispiele für die Behinderung der Forschungsfreiheit durch die ministerielle Genehmigungspraxis . . . . .	388
EWALD ZACHER	
Einige verfassungsrechtliche und schulrechtliche Bemerkungen zur Zulässigkeit von wissenschaftlichen Erhebungen an Schulen und zur einschlägigen Genehmigungspraxis . . . . .	392



<b>LENELIS KRUSE</b> Ethische und rechtliche Normen als Problem für die pädagogisch-psychologische Forschung . . . . .	395
<b>WILFRIED BERG</b> Zur grundrechtlichen Problematik von Datenschutzbehörden und Forschungs- freiheit . . . . .	399
<b>KARLHEINZ INGENKAMP</b> Beispiele für Konflikte zwischen Datenschutz und Forschern . . . . .	403
<b>PAUL J. MÜLLER</b> Die Implementation des Datenschutzes im Bereich der wissenschaftlichen For- schung . . . . .	407
<b>EDGAR WAGNER</b> Die informierte Einwilligung . . . . .	410
<b>ERWIN DEUTSCH</b> Das Problem der informierten Einwilligung für Forschung und Datenschutz . . .	413
<b>HELMUT GASSEN / MICHAEL SCHWANDER</b> Zuständig sein und überflüssig werden . . . . .	417
<b>ULRICH HERRMANN / JÜRGEN OELKERS / JÜRGEN SCHRIEWER / HEINZ-ELMAR TENORTH</b> Überflüssige oder verkannte Disziplin? . . . . .	443
<b>VERONIKA REISS</b> Sprechpausen im Unterrichtsdiskurs . . . . .	465

*Präventive Jugendkontrolle – eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags\**

Begriffe wie „Vorbeugung“, „Prävention“ und „Prophylaxe“ machen in den letzten Jahren Karriere. Sie sind heute fester Bestandteil des Sprachinventars der Jugendpolitik wie auch der Praxis der Behörden, die mit der sozialen Kontrolle des abweichenden Verhaltens von Kindern und Jugendlichen befaßt sind. Begründet ist diese neue Aktualität, die das Thema „Prävention“ gewonnen hat, in einer zunehmenden Entwertung der bestehenden reaktiven Politik administrativer Problemverarbeitung. Eine behördliche Praxis, die sich erst einschaltet, wenn das „problematische“ Verhalten von Kindern und Jugendlichen in alltäglichen Lebenszusammenhänge nicht mehr normalisiert werden kann, und die so allein akute pädagogische Notfälle bearbeitet, stößt mehr und mehr an die Grenzen ihrer Verarbeitungskapazität und öffentlichen Legitimation. Gefordert ist hier eine aktive Politik der Problemverarbeitung, die durch die Entwicklung und Erprobung neuer präventiver Instrumente jene sozialökonomischen und sozialökologischen Benachteiligungen vermindern hilft, die das „störende“ und „sozial auffällige“ Verhalten von Kindern und Jugendlichen beständig reproduzieren.

Anknüpfend an die Ergebnisse eigener Forschungsarbeiten sollen im folgenden 1. das Profil der praktischen Präventionsperspektiven der Vertreter kommunaler Jugendhilfebehörden skizziert und 2. der kontrollpolitische Interessenzusammenhang aufgezeigt werden, in dem die formulierten Präventionsperspektiven stehen.

1. Praktische Präventionskonzepte im Alltagswissen von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen

Einer analytischen Differenzierung folgend, lassen sich zwei Konzepte der Prävention abweichenden Kinder- und Jugendverhaltens unterscheiden: *das Konzept strukturbezogener Prävention* und *das Konzept personenbezogener Prävention*.

*Strukturbezogene Präventionsstrategien* sind durch eine spezifische *Verursachungszentrierung* bestimmt: Ansatzpunkte vorbeugenden Handelns sind hier (in Graden sozialökonomischer und sozialökologischer Benachteiligung bestimmbare) restriktive soziale Lebenslagen, die relativ konstante Rahmenbedingungen für die Produktion sozialer Auffälligkeit bilden. Ziel der Strategien struktureller Prävention ist so die Verbesserung der sozialen Lebenslagen definierter Bevölkerungsgruppen und die Herstellung jener kulturellen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen, die eine relativ störungsfreie individuelle und familiäre Reproduktion gewährleisten. Steuerungsmittel struktureller Prävention ist auf der Steuerungsebene kommunaler Politik die *ökologische Interventionsform*, die die Mittel der kommunalen Stadtplanungs-, Wohnungsbau- und Infrastrukturpolitik zur qualitativen Entwicklung sozialräumlicher Lebensbedingungen integriert.

\* Der vorliegende Diskussionsbeitrag ist im Rahmen des Forschungsprojektes „Strategien der Kontrolle und der Prophylaxe von Jugenddelinquenz im kommunalen Raum“ entstanden. Dieses Projekt wurde – gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen – unter der wissenschaftlichen Leitung von M. BRUSTEN im Internationalen Dokumentations- und Studienzentrums für Jugendkonflikte, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität/Gesamthochschule Wuppertal, durchgeführt.

*Personenbezogene Präventionsstrategien* hingegen sind durch eine spezifische *Verhaltenszentrierung* gekennzeichnet: Ansatzpunkt ist hier nicht ein (wie immer auch gefaßter) „sozialer Ursachenkomplex“, sondern Störzeichen im konkreten Verhalten einzelner Kinder und Jugendlicher, d.h. die abweichenden subjektiven Verarbeitungsformen der Belastungen und Benachteiligungen restriktiver sozialer Lebenslagen. Ziel der Strategien personaler Prävention ist es daher, das Auftreten manifester Auffälligkeitszeichen und die Verfestigung des problematischen Verhaltens in ein stabiles deviantes Rollenspiel zu verhindern. Steuerungsmittel personenbezogener Prävention ist die *pädagogisch-therapeutische Interventionsform*, die der Produktion behördenoffizieller Fälle durch frühzeitige aufklärende, beratende und behandelnde Einflußnahme auf unmittelbare Adressaten – das einzelne „Problemkind“ – und auf mittelbare Adressaten – die in ihrer Sozialisationsfähigkeit eingeschränkten Eltern – vorbeugen will.

Die differenzierte Analyse der im Rahmen unserer Forschung erarbeiteten Interviewmaterialien zeigt, daß Perspektiven struktureller Prävention von den Vertretern kommunaler Jugendhilfebehörden kaum thematisiert werden, Konzepte personaler Prävention hingegen aber umfassend aufgegriffen werden. Folgende (hier nur grob typisierte) Strategien personaler Prävention strukturieren das Präventionswissen der Sozialpraktiker.

### *(1) Prävention durch Aufklärung*

Eine zentrale präventive Wirkung wird von den befragten Praktikern der Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über Kriminalisierungsrisiken zugemessen: Rechtskundeunterricht durch Juristen; Einführung eines Grundkurses Recht in den schulischen Fächerkanon; Hospitationen von Schulklassen in Jugendgerichtsverfahren („viele Minderjährige wissen gar nicht, was strafbar ist und welche Maschinerie sich in Gang setzt, wenn sie gegen Strafrechtsnormen verstoßen“); im Rahmen des „erzieherischen Jugendschutzes“ wird gefordert: Aufklärung über die Gefahren des Alkohol-, Nikotin- und Drogenkonsums; Verstärkung des „Kontaktlehrer-Prinzips“, d.h. Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte, die Aufklärungsaktionen koordinieren bzw. selbständig durchführen; schließlich: speziell an Jugendliche adressierte Aufklärungskampagnen in den Medien.

Instrument präventiven Handelns ist hier die Strategie der *Konversion*: Vorbeugende soziale Arbeit ist hier Überzeugungsarbeit, die Kindern und Jugendlichen ein rechtes Normbewußtsein vermitteln, vor spezifischen Jugendgefährdungen warnen und behördliche Reaktionen auf fehlangepaßtes Verhalten aufzeigen will.

### *(2) Prävention durch Vermittlung von Problemlösungskompetenzen*

Die präventive sozialpädagogische Sozialisationsarbeit soll nach Einschätzung der Sozialarbeiter zum einen auf die *Vermittlung sozialer Kompetenzen an Kinder und Jugendliche* zielen: Im Bereich der Schule wird hier die Relativierung des Leistungsprinzip durch Stärkergewichtung des Lernziels „soziales Lernen“ gefordert („wir brauchen eine Schule, die nicht nur Lernfabrik sein will, sondern sich ihrer erzieherischen Verantwortung bewußt ist“); im Bereich der Freizeit soll den Minderjährigen die Fähigkeit vermittelt werden, Konflikte in angemessener nicht-kriminalisierbarer Form auszutragen („vor allem die selbstverantwortliche Organisation des Freizeitbereichs weckt im Jugendlichen Verantwortungsgefühl, Selbstsicherheit und Selbstbewußtsein“); das Vermitteln und Schlichten bei Konflikten wie auch die Vermittlung weiterführender Hilfen sollen Aufgabe eines noch zu entwickelnden Systems lebensweltbezogener Jugendberatung („mobile Straßensozialberatung“, „youth advocacy“) sein.

Eine weitere geeignete Präventionsstrategie sehen die Praktiker zum anderen aber auch in einem *präventiven Elternt raining*, das sich an potentiell alle Eltern adressiert: Einführung eines Grundkurses Erziehung in den Fächerkanon von Schule; Verbreitung von Erziehungsbriefen; Ausbau und stadtteilbezogenes Angebot von Erziehungskursen und Eltern-Kind-Kursen der kommunalen Familienbildungsstätte; Initiierung und Supervision von Elternselbsthilfegruppen z.B. durch die Erziehungsberatungsstätten: diese Eltern sollen dann als „Mediatoren“ in ihrer Nachbarschaft tätig werden („Ziel der Elternschulung muß es sein, das ‚Eltern-Sein‘ nicht mehr eine Selbstverständlich-

keit sein zu lassen und die Eltern zu einem verantwortlichen Erziehungsverhalten anzuleiten“; „die Eltern müssen in die Lage versetzt werden, die Verhaltensprobleme ihrer Kinder selbst zu lösen und auf Probleme nicht gleich mit Ausgliederung und Abschieben der ‚Problemmacher‘ zu reagieren“).

Ziel dieser Präventionsmaßnahmen ist so die *Vermittlung eigenkompetenter Selbst- und Familienkontrolle*: Durch „antizipatorische Anleitung“ sollen die Minderjährigen bzw. ihre Eltern in die Lage versetzt werden, auftauchende Interaktionsprobleme in eigener Regie zu bewältigen.

### (3) Prävention durch umfassende Familienhilfe „vor Ort“

Schließlich wird von den Behördenvertretern eine veränderte „zugehende“ Familienhilfe gefordert, die „amtsbekannten Problemfamilien“ in präventiver Absicht umfassende *materielle und soziale Versorgungsleistungen* vermittelt. So beinhaltet die geforderte materielle Familienhilfe eine Aufstockung des Kinder-, Wohn- und Erziehungsgeldes mit dem Ziel, einen Elternteil von der Notwendigkeit zur Berufstätigkeit zu entbinden („obwohl sicher auch die Gefahr einer staatlichen Überversorgung zu bedenken ist, müßte der Staat gewährleisten, daß ein Elternteil ganz für die Kinder da sein kann, ohne daß finanzielle Engpässe auftreten“); verstärkte Hilfen sollen alleinerziehenden Elternteilen durch Einrichtung von Unterhaltsvorschubkassen gewährleistet werden, die Unterhaltszahlungen sichern und Rechtshilfen bei Unterhaltsprozessen geben. Gefordert wird zugleich aber auch die Entwicklung von Formen einer zugehenden sozialpädagogischen Familienhilfe im Stadtteil, die durch ständige Präsenz und Kontaktnahme mögliche Familienprobleme in frühen Stadien ohne formelles Eingreifen „abfiltert“; die Stärkengewichtung des Familienkonzepts in der Arbeit des Allgemeinen Sozialdienstes und der Erziehungsbeistandschaft; die sozialpädagogische Betreuung von „Schlüsselkindern“ im Stadtteil; die Verstärkung stadtteilbezogener psychosozialer Familienberatungsangebote.

Präventive Wirkung wird hier also frühzeitig einsetzenden *familienbezogenen Unterstützungsformen* zugeschrieben, welche verfügbare Sozialleistungen und materielle Versorgungsleistungen integrieren und zugleich optimieren.

Prävention – dies zeigt diese kurze Übersicht – wird von den Sozialarbeitern in ‚bewährten‘ Kategorien sozialpädagogischen Handelns formuliert. Die vorgeschlagenen Vorbeugungsmaßnahmen sind auf die Vermittlung von Handlungskompetenzen und auf die Kanalisierung familiärer Konflikte in akzeptierte Verarbeitungsformen ausgerichtet und verbleiben somit in den Schienen „altbekannter“ pädagogischer Rezepturen. Die strukturellen Rahmenbedingungen der Abweichungsproduktion hingegen – die Ungleichverteilungen sozialer Lebenschancen – werden systematisch ausgeblendet: Prophylaxe als Ausgleich materieller Benachteiligung vor Entstehen der sozialen Auffälligkeit durch einkommens- und strukturpolitische Strategien ist im präventionsbezogenen Alltagswissen sozialer Arbeit kein Thema (zur Pädagogisierung und damit Neutralisierung sozialpolitischer Indikationen in der Jugendhilfe vgl. ausführlich BÖHNISCH 1980, S. 196 ff.).

Diese weitgehend „politikfreie“ Formulierung des präventiven Handlungsprogramms stellt eingespielte Interventionsorientierungen der jugendbezogenen Kontrollpraxis nicht in Frage. Nicht eine neue aktive und ursachenbezogene Politik der Problemverarbeitung zeichnet sich hier ab. Durch die vorsorgliche Ausblendung politisch formulierter Präventionsstrategien, deren Durchsetzung ja eine Einmischung in das Macht- und Interessenspiel kommunaler Politik notwendig machen würde (vgl. OLK/OTTO 1981; MIELENZ 1981), sichern sich die Praktiker vielmehr eine relativ konfliktarme Position im Feld kommunalpolitischer Auseinandersetzung. Der Preis dieser Selbstbeschränkung auf „bewährte“ pädagogische Interventionsverfahren ist aber, daß eine strukturelle Verände-

rung benachteiligender Soziallagen auch in Zukunft außerhalb der Reichweite behördlichen Zugriffs bleibt.

## 2. Präventiver Zugriff: Strategie zur Kolonisierung familiärer Lebenswelten

Der gemeinsame Nenner der von den Praktikern programmatisch entworfenen Präventionsperspektiven ist der *Gedanke der Frühintervention*. Präventives Handeln darf nach ihrer Einschätzung nicht erst am Endpunkt von Abweichungsgeschichten, dem „behandlungsbedürftigen“ Störverhalten, ansetzen, sondern muß auf eine vorgreifende Steuerung der familiären Sozialisationspraxis gerichtet sein. Die aufgewiesenen Strategien der Konversion, der Kompetenzvermittlung und der aktuellen Familiennothilfe haben das gemeinsame Ziel, Eltern die Fähigkeit zu einer „eigenregulierten Normalsozialisation“ zu vermitteln bzw. bestehende Sozialisationsmängel durch frühzeitiges Eingreifen zu korrigieren. Gefordert ist so ein feinmaschiges sozialpädagogisches Frühinterventionssystem, das durch vorsorgliche Familienbetreuung kindliches Problemverhalten in der familiären Lebenswelt selbst „einregelt“. Die Verwirklichung des Präventionsanspruchs ist somit eng verknüpft mit der *Forderung nach einer weitergehenden Vergesellschaftung familiärer Sozialisation* – dies freilich nicht im Sinne einer Substitution elterlicher Sozialisation durch neu zu schaffende sekundäre Institutionen, sondern durch die sozialpädagogische Steuerung der elterlichen Sozialisationsarbeit selbst. Prävention: eine neue staatliche Steuerungsstrategie familiärer Sozialisation.

Diese Funktionsbestimmung macht es möglich, den Stellenwert praktischer Präventionskonzepte im Kontext der „neuen“ Jugendpolitik zu bestimmen. Die „neue“ Jugendpolitik (vgl. hierzu den 5. Jugendbericht der Bundesregierung 1980) ist gekennzeichnet durch das Bemühen, eine „Politik sanfter und unsichtbarer Sozialkontrolle“ durchzusetzen. Dieses Bemühen dokumentiert sich in der aktuellen jugendpolitischen Diskussion u. a. in der Forderung nach einer größeren „Lebensweltnähe“ jugendpädagogischer Interventionen und in der fortschreitenden Entwertung solcher Formen der sozialen Kontrolle, die die abweichend sich verhaltenden Kinder und Jugendlichen aus ihren alltäglichen Lebenszusammenhänge herauslösen und sie in die geschlossenen Räume totaler Institutionen (Zwangssozialisation in Heimerziehung und Strafvollzug) ausgrenzen. Begründet ist dieser Rückzug des Staates aus den Revieren repressiver Sozialkontrolle vor allem in dem Verlust legitimatorischer und fiskalischer Handlungsspielräume. Der Wechsel von der lange geübten Ausgrenzungspraxis hin zu lebensweltbezogenen Kontrollverfahren erfüllt in dieser Situation eine doppelte Funktion: Staatliche Kontrollpolitik kann so zum einen gegenüber der Öffentlichkeit „Sozialstaatlichkeit“, „Humanität“ und „Liberalität“ demonstrieren und eingreifendes Handeln gegen drohende Legitimationseinbußen sichern (symbolische Funktion); sie kann auf diese Weise zum anderen die Akkumulation „unproduktiver“ Kosten bremsen, die für die Durchführung ausgrenzender Maßnahmen verausgabt werden müssen (ökonomische Funktion; zum strukturellen Hintergrund dieser „Politik der Entkerkerung“ vgl. HERRIGER 1980).

Dieser sich hier ankündigende Kurswechsel in der jugendbezogenen Kontrollpolitik aber bedeutet nun keine Zürrücknahme ordnungsstaatlicher Steuerungsfunktionen. An die Stelle der herrschaftlichen Eingriffspraxis tritt vielmehr ein neuer Kontrolltypus, der die Geltung gesellschaftlich erwarteter Verkehrsformen zunehmend durch Zugriff auf die innere Natur des Menschen (Kolonisierung des Bewußtseins; vgl. ausführlich FOUCAULT 1977) sicherstellt. Auch die hier aufgezeigten personenbezogenen Präventionsstrategien

indizieren – gleichsam als gedankliche Vorwegnahmen einer möglichen zukünftigen Praxis – diesen Kurswechsel. Sie konvergieren in der Forderung nach der Implementation eines feinmaschigen Erfassungsrasters für familienproduzierte Konflikte und Gefährdungen, das seismographisch genau Brüche in der Familiensozialisation registriert und sie regulativen Verfahren unterwirft. Dieses problemsensible pädagogische „Frühwarnsystem“ kann jedoch nicht voraussetzungslos errichtet werden. Notwendige Randbedingungen der Implementation sind: 1. die Dezentralisierung und „Verörtlichung“ der Sozialadministration (vgl. MÜLLER/OTTO 1980); 2. die Kooptation von informellen Netzwerken (Nachbarschaften; kirchliche Gemeinden usw.), die die Sozialadministration mit „Informationen aus erster Hand“ versorgen sollen; 3. die fortschreitende Vergesellschaftung der Elternrolle durch „Elternschulen“. Familienbildungsangebote usw.; und 4. der institutionelle Ausbau und die familientherapeutische Neustrukturierung der Familienhilfe.

In dem Maße aber, in dem diese Randbedingungen einer präventiven pädagogischen Praxis in die Wirklichkeit umgesetzt werden (und alle empirischen Befunde weisen gegenwärtig in diese Richtung), gewinnt die Jugendkontrolle ein praktikables Instrument, das bislang nicht-öffentliche Reviere des Alltags der behördlichen Regulierung und Reglementierung erschließt und auf diese Weise die *Kolonisierung familiärer Lebenswelten* durch die staatliche Ordnungsmacht unterstützt und vorantreibt. Unter der Leitformel „Prävention“ bildet sich so auch im Bereich staatlicher Jugendkontrolle eine Kontrollpraxis heraus, die – auf Mauern und äußere Gewaltsymbole verzichtend und auf die sozialökologisch-lebensweltliche Nähe der Interventionen bedacht – zunehmend alle Lebensprobleme einem totalisierenden regulativen Zugriff unterwirft und staatliche Ordnungsfunktionen in immer neue Bereiche des Alltags trägt. „Soziale Integration über ein durchgängiges Muster der Psychologisierung sämtlicher Probleme, die sich im gesellschaftlichen Lebenszusammenhang stellen, wird zu einem neuen Kontrolltypus, der die Segregationspraxis ablöst... Mit der Aufhebung des Monopols zur Ausübung sozialer Kontrolle durch totale Institutionen entwickelt sich ein feinmaschigeres Auffangnetz der psychologischen Kontrolle, das sich einpaßt in die Strukturen der Alltagswelt und deshalb einen hohen Grad von Anpassungsfähigkeit entwickelt. Es begleitet als Beratungs- und Interventionssystem die Menschen in allen Lebensbereichen und ist flexibel und kreativ, wenn es gilt, den psychosozialen Dienstleistungssektor zu erweitern, das Auffangnetz noch engmaschiger zu knüpfen und die Zuständigkeit für neue Problem- und Krisenherde zu beanspruchen“ (KEUPP 1978, S. 216f.; vgl. auch MÜLLER 1981 und HABERMAS 1981, Bd. 2, S. 522ff., der am Beispiel des Eltern- und des Schulrechts einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Verrechtlichung von Lebenszusammenhängen und der inneren Kolonisierung verständigungsorientiert und kommunikativ strukturierter Sphären der Lebenswelt formuliert).

Dieser kontrollpraktische Verwertungszusammenhang formulierter Präventionsperspektiven aber liegt weitgehend außerhalb des Wahrnehmungshorizonts der „psychosozialen Dienstleistungsbetreibenden“: Die berufspolitische Hoffnung, der eigenen Profession im Vollzug der Implementation präventiver Interventionsverfahren neue Handlungsfelder und erweiterte Arbeitsmärkte zu erschließen (vgl. FLOERECHE/HERRIGER 1982), führt hier zu einer partiellen „Betriebsblindheit“. Diese interessengeteuerte Abstinenz gegenüber kritischen Argumenten, die die möglichen kontrollpolitischen Funktionen devianzbezogener Präventionsprogramme thematisieren, gilt es zu überwinden, will die soziale Praxis nicht zur Errichtung eines allgegenwärtigen staatlichen Ordnungsapparats und zur Totalisierung bürokratischer Kontrollzuständigkeit beitragen.

## *Literatur*

- BOHNISCH, L.: Jugendpolitik und Sozialpolitik. In: BOHNISCH, L./MÜLLER-STACKEBRANDT, H./SCHEFOLD, W. (Hrsg.): Jugendpolitik im Sozialstaat. Befunde und Perspektiven. München 1980, S. 193–233.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT (Hrsg.): Fünfter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bonn 1980.
- FLOERECHE, P./HERRIGER, N.: Prävention als sozialpädagogisches Programm. Struktur und Funktionen kommunaler Präventionsprogramme. In: MÜLLER, S./OLK, T./OTTO, H.-U. (Hrsg.): Sozialarbeit als soziale Kommunalpolitik. Sonderheft 6, Neue Praxis 1981, S. 43–57.
- FOUCAULT, M.: Überwachen und Strafen. Frankfurt/M. 1977.
- HABERMAS, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/M. 1981.
- HERRIGER, N.: Familienintervention und soziale Kontrolle. Strategien der Kolonisierung von Lebenswelten. In: Kriminologisches Journal 4/1980, S. 283–300.
- HERRIGER, N.: Prophylaxe-Strategien kommunaler Behörden. Forschungsdefizite und Forschungsperspektiven. In: VASKOVICS, L. (Hrsg.): Raumbezogenheit sozialer Probleme. Opladen 1982.
- HERRIGER, N./SILKENBEUMER, E.: Strategien der Kontrolle und der Prophylaxe von Jugenddelinquenz im kommunalen Raum. In: Kriminologisches Journal 1/1981, S. 43–53.
- KEUPP, H.: Gemeindepsychologie als Widerstandsanalyse des professionellen Selbstverständnisses. In: KEUPP, H./ZAUMSEIL, M. (Hrsg.): Die gesellschaftliche Organisation psychischen Leidens. Frankfurt/M. 1978, S. 180–220.
- MELENZ, I.: Die Strategie der Einmischung. Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik. In: MÜLLER, S./OLK, T./OTTO, H.-U. (Hrsg.): Sozialarbeit als soziale Kommunalpolitik. Sonderheft 6, Neue Praxis 1981, S. 57–67.
- MÜLLER, S.: Der Leviathan wird bürgernah. Perspektivwechsel in der öffentlichen Sozialarbeit. In: Neue Praxis 4/1981, S. 279–290.
- MÜLLER, S./OTTO, H.-U. (Hrsg.): Sozialarbeit als Sozialbürokratie? Zur Neuorganisation sozialer Dienste. Sonderheft 5, Neue Praxis 1980.
- OLK, T./OTTO, H.-U.: Wertwandel und Sozialarbeit. Entwicklungsperspektiven kommunaler Sozialarbeitspolitik. In: Neue Praxis 2/1981, S. 99–146.

### *Anschrift des Autors:*

Dipl.-Päd. Norbert Herriger, FB Gesellschaftswissenschaften, Universität/Gesamthochschule Wuppertal, Gaußstr. 20, 5600 Wuppertal 1